

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

31. Sitzung

von Montag, den 22. April, bis Samstag, den 27. April 2002,  
in Polen (Danzig/Stettin) und Kaliningrad

**Anwesende Abgeordnete**

Rolf Fischer (SPD)

Vorsitzender

Gisela Böhrk (SPD)

Astrid Höfs (SPD)

Dr. Gabriele Kötschau (SPD)

Ulrike Rodust (SPD)

Claus Ehlers (CDU)

Uwe Greve (CDU)

Peter Lehnert (CDU)

Manfred Ritzek (CDU)

Joachim Behm (FDP)

Rainer Steenblock (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Teilnahme nur in Danzig

**Weitere Abgeordnete**

Hermann Benker (SPD)

Gerhard Poppendiecker (SPD)

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

**Einzigster Punkt der Tagesordnung:**

**Seite**

**Reise nach Polen (Danzig/Stettin) und Kaliningrad**

**4**

## **Reise des Europaausschusses vom 23. April bis zum 27. April 2002 nach Danzig, Kaliningrad und Stettin**

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat im Januar 2000 ein Memorandum mit der Kaliningrader Gebietsduma und im September 2001 ein entsprechendes parlamentarisches Partnerschaftsabkommen mit dem Sejmik der Wojewodschaft Pommern unterzeichnet. Die getroffenen Vereinbarungen zur Zusammenarbeit sollen einerseits die regierungsseitig geschlossenen Abkommen parlamentarisch begleiten, andererseits eigene Akzente der Parlamente in den Bereichen Demokratisierung, Regionalisierung und EU-Osterweiterung setzen. Die Vorbereitung des polnischen Beitritts ebenso wie die Einbindung Kaliningrads durch interregionale Zusammenarbeit sind Schwerpunkte beider Memoranden.

Die Reise des Europaausschusses nach Danzig und Kaliningrad stand im Zeichen der Umsetzung beider Abkommen. Es wurde vereinbart, jährliche Arbeitsprogramme aufzustellen und diese durch konkrete Projekte mit Leben zu erfüllen.

Hierzu führte der Europaausschuss unter Leitung seines Vorsitzenden, MdL Rolf Fischer, in Danzig politisch hochrangige Gespräche mit Grzegorz Grzelak, dem Vorsitzenden des Sejmik, Brunon Synak, dem Vizepräsident des Sejmik und Jan Kozlowski, dem Vize-Marschall der Wojewodschaft Pommern, die im weiteren Verlauf durch Gespräche auf Arbeitsebene, geleitet von Jerz Grzywacz, dem Vorsitzenden des Ausschusses für interregionale und internationale Zusammenarbeit, ergänzt wurden. Am Ende konnte Einvernehmen über sieben, noch in diesem Jahr durchzuführende Projekte erzielt werden, von denen in Kürze die ersten anlaufen werden:

<b>Projekte für die Umsetzung des Partnerschaftsbkommens zwischen dem Schleswig-Holsteinischen Landtag und dem Sejmik der Wojewodschaft Pommern</b>		
<b>Nr.</b>	<b>Projektbeschreibung</b>	<b>a) Projektpartner b) Termin</b>
<b>1.</b>	<b>Training interkultureller Kompetenzen u. transnationaler Kooperationsarbeit:</b> Zielgruppe: Abgeordnete und Parlamentsmitarbeiter	

	<p>aus dem Ostseeraum; das heißt, multilateraler Ansatz mit Teilnehmern aus Pommern, Kaliningrad, dem Baltikum</p> <p><u>Aufgabe:</u> Projektbezogene Vermittlung von „soft skills“; eigenes Verhalten / Verhandlungsführung im internationalen Kontext schulen, Netzwerkbildung.</p> <p><u>Seminarinhalte:</u> Umgang mit unterschiedlichen politischen Kulturen, kreativer Umgang mit Vorurteilen und Stereotypen, Konfliktmanagement, verbale und nonverbale interkulturelle Kommunikation, ...</p> <p><u>Seminarstruktur:</u> Zweitägiges Einstiegsseminar; Basis für zukünftige Kooperation</p> <p><u>Bedingung:</u> ausreichende Englischkenntnisse</p>	<p>a) Schleswig-Holsteinischer Landtag (Europaausschuss) in Zusammenarbeit mit dem Schleswig-Holsteinischen Institut für Friedenswissenschaften (SCHIFF)</p> <p>b) <i>Termin am 22. bis 24. November möglichst vor den polnischen Regionalwahlen, die im November, Dezember oder Januar stattfinden. Wichtig: Teilnehmer auch von Kaliningrader Seite.</i></p>
2.	<p><b>Kongress ethnischer Volksgruppen in Schleswig-Holstein)</b></p> <p>Von der Föderalistischen Union Europäischer Volksgruppen (FUEV) initiiertes zweitägiger Kongress ethnischer Volksgruppen (Friesen, Rätoromanen, Bretonen, Kaschuben, ...) in Schleswig-Holstein. Der Teilnahme von Vertretern der kaschubischen Volksgruppe aus der Wojewodschaft Pommern kommt dabei eine besondere Bedeutung zu, weil Volksgruppenpolitik bisher eher einseitig „westorientiert“ war und erst nach dem Fall der Grenzen 1989 sich entsprechende Strukturen auch in Mittel- und Osteuropa allmählich abbilden. Hier ist ein erheblicher Nachholbedarf zu befriedigen.</p> <p>Ziel: Das deutsch-dänische Grenzland als Modellregion für den Minderheitenschutz vorstellen, Werbung für die Sprachencharta und Sensibilisierung von Mitarbeitern der öffentl. Verwaltung für deren Umsetzung.</p> <p>Teilnehmer: ca. 20-30</p> <p>Bei den Teilnehmern handelt es sich um Vertreter ethnischer Volksgruppen, um für den Minderheitenschutz zuständige Mitarbeiter der öffentl. Verwaltung und um Vertreter Europäischer Institutionen.</p> <p>Konferenzsprachen am 1. Tag: Deutsch, Englisch Am 2. Tag: Englisch</p>	<p>a) Schleswig Holsteischer Landtag, FUEV, EASH</p> <p>b) zweitägiger Kongress</p> <p><b>Donnerstag, 13.06.2002 und Freitag, 14.06.2002</b></p> <p>(Konferenztag = Donnerstag, Besuch bei den Friesen = Freitag)</p>

<p><b>3.</b></p>	<p><b>Politischer Frühschoppen zur Kieler-Woche:</b>  Polnische und schleswig-holsteinische Politiker im Gespräch:  Thema: „Polen in Europa: Ein Stimmungsbild vor dem Beitritt“  Podiumsdiskussion mit  Landtagspräsident Arens  Frau Prof. Dorota Simonidis, Senatorin aus Polen  Jerzy Grzywacz, Vorsitzender des Ausschusses für internationale Zusammenarbeit, Danzig  MdL Rolf Fischer, Vorsitzender des Europaausschusses  Moderation: Werner Sonne  Openair-Veranstaltung auf dem Kieler Rathausplatz: 30 Minuten Podiumsdiskussion (in deutsch), 30 Minuten Einbezug des Publikums</p>	<p>a) Schleswig-Holsteinischer Landtag (Europaausschuss),   Julia Kramer, East-West-Contact Hamburg in Zusammenarbeit mit Herrn Eggers, Kieler-Woche-Büro</p> <p>b) <b>Sonntag, den 30. Juni 2002 um 12:00 Uhr</b> auf dem Kieler Rathausmarkt.</p>
<p><b>4.</b></p>	<p><b>Lehreraustausch zwischen der Wojewodschaft Pommern und Schleswig-Holstein</b>  Die Landeszentrale für politische Bildung führt bisher mit der Wojewodschaft Oppeln einen Austausch von Deutsch, Politik und Geschichtslehrern durch. Diese sind im jährlichen Wechsel in Schleswig-Holstein beziehungsweise in der Wojewodschaft Oppeln für mehrere Wochen zu Gast. Die Kosten für den Aufenthalt werden in der Regel von dem jeweiligen Gastgeber getragen. Die Reisekosten sind von der Delegation selbst zu tragen. Auf der Grundlage dieses Austausches haben sich bereits neun Schulpartnerschaften entwickelt.  In diesem Jahr werden polnische Lehrer am 14.04.02 von der Landeszentrale für politische Bildung empfangen. <i>Es ist geplant, diesen Lehreraustausch auch auf die Wojewodschaft Pommern und auf Kaliningrad auszudehnen.</i>  Die Landeszentrale für politische Bildung wird gemeinsam mit der deutschen Auslandsgesellschaft in Lübeck einen Antrag auf finanzielle Unterstützung bei der Robert-Bosch-Stiftung stellen.</p>	<p>Politische Unterstützung durch die Landesregierung und den Schleswig-Holsteinischen Landtag</p>

5.	<p><b>Ausstellung polnischer Kunst im Kieler Landtag</b></p> <p>Am 30. Januar 2001 hat Landtagspräsident Heinz-Werner Arens „die Landesschau“, eine Darstellung des aktuellen Kunstschaffens aus Schleswig-Holstein, in Zoppot eröffnet. Eine Gegenausstellung polnischer Kunst in Schleswig-Holstein wurde vereinbart.</p>	<p>a) Verantwortlich: Sprecher des Landtages, Dr. Joachim Köhler</p> <p>b) Eröffnung am 12. November 2002, Ausstellung läuft bis zum 30. November 2002 im Landeshaus in Kiel</p>
6.	<p><b>Seminar Entwicklung im ländlichen Raum</b></p> <p>Die Landwirtschaft in Polen ist in ihrer heutigen Form unrentabel und wegen fehlender Subventionen auch nicht konkurrenzfähig. Mit dem EU-Beitritt ist zu erwarten, dass das Gros der Gelder für die Entwicklung ländlicher Räume und weniger für Direktzahlungen verausgabt wird. Ein tief greifender Strukturwandel der Landwirtschaft in Polen ist zu erwarten. Einzelne Aspekte dieses Reformprozesses sollen in einem zweitägigen Seminar vertieft werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Die Zukunft ländlicher Räume (MdEP aus Schleswig-Holstein)</li> <li>- betriebswirtschaftliche Anforderungen an einen existenzfähigen Familienbetrieb</li> <li>- Diversifizierung landwirtschaftlicher Einkommen</li> <li>- Aus- und Fortbildung in der Landwirtschaft</li> <li>- sozialverträglicher Strukturwandel</li> </ul> <p>Der dritte Tag steht für die Besichtigung / Vorstellung landwirtschaftlicher Einrichtungen (Landwirtschaftskammer, Fachschulen für Landwirtschaft, Deula, landw. Versuchsgut Lindhof....) zur Verfügung.</p> <p>Teilnehmer: Abgeordnete, Mitglieder der Regierung, Multiplikatoren aus der Agrarwirtschaft</p>	<p>a) Schleswig-Holsteinischer Landtag (Europa- und Agrarausschuss), geplant in Zusammenarbeit mit der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung (StK und MLR) und ggf. der Akademie für ländliche Räume (Absprachen stehen noch aus)</p> <p>b) zweitägiges Seminar und einen Tag Besichtigung landwirtschaftlicher Einrichtungen; voraussichtlich im Jahr 2003</p>
7.	<p><b>Internationale Sommerakademie für junge Führungskräfte</b></p> <p>Die internationale Sommerakademie findet in diesem Jahr zum zweiten Mal statt. Sie hat zum Ziel, Kooperationsformen und -regeln, Netzwerkarbeit und Konfliktmanagement eingebunden in einen konkreten Sachbezug zu trainieren. Sie versteht sich als lernende Organisation, die auf der praktischen</p>	<p>a) SCHIFF als Veranstalter, Schleswig-Holsteinischer Landtag als Stifter dreier Stipendien für zwei junge Führungskräfte aus Pommern</p>

	<p>Ebene konkrete Projekte initiiert, ein Ort der transnationalen Begegnung ist, und auf der wissenschaftlichen Ebene neue Ergebnisse darstellt. Sie ist damit zugleich handlungs- und wissenschaftsorientiert.</p> <p>Bereits im letzten Jahr wurden Stipendien für junge Führungskräfte aus den Partnerregionen Schleswig-Holsteins übernommen. Diese bewährte Praxis soll auch in diesem Jahr fortgesetzt werden.</p>	<p>(benannt) und eine aus Kaliningrad</p> <p>b) <b>14. bis 21. Juli 2002</b></p>
--	--	--

Am 13. und 14. Juni 2002 veranstaltet der Schleswig-Holsteinische Landtag gemeinsam mit der Föderation Europäischer Volksgruppen (FUEV) einen Kongress ethnischer Volksgruppen, auf dem die Kaschuben durch Brunon Synak, ihren Vorsitzenden, vertreten werden.

Es folgt ein politischer Frühschoppen zur Kieler-Woche am 30. Juni 2002, der sich mit dem Thema „Polen in Europa: Ein Stimmungsbild vor dem Beitritt“ auseinandersetzt. Prof. Dorota Simonides, Senatorin der Wojewodschaft Oppeln, und Jerzy Grzywacz, Mitglied des Sejmik der Wojewodschaft Pommern, werden die polnische Seite auf dem Podium vertreten.

Weitere Aktivitäten, angefangen bei der Internationalen Sommerakademie für junge Führungskräfte, über die Ausstellung polnischer Kunst im Kieler Landtag, das Training interkultureller Kompetenz von Abgeordneten, den Lehreraustausch zwischen Pommern und Schleswig-Holstein bis hin zu einem Seminar für die Entwicklung ländlicher Räume werden folgen.

Insgesamt ein überaus erfolgreicher Aufenthalt in Danzig, der das große Interesse beider Partner für die Zusammenarbeit deutlich gemacht und die Beteiligten einander näher gebracht hat

## **Gespräche in Kaliningrad am 24.04. 02 und am 25.04.02 in Tilsit**

Teilnehmer in Kaliningrad: Präsident W. Nikitin, Abgeordnete der Duma und der Europaausschuss des Landtages von Schleswig Holstein

Themen: EU-Osterweiterung, Maritime Wirtschaft und Weiterführung des Memorandums

**Herr Nikitin:** Die EU-Osterweiterung wird eher Nutzen als Schaden bringen. Es wird versucht, Einfluss auf das föderale Zentrum (Moskau) zu nehmen, um die Belange Kaliningrads immer wieder deutlich zu machen. Man wäre ja abhängig. Man wünscht sich ein gesondertes Abkommen zwischen der Oblast Kaliningrad und der EU.

Durch die Einführung der Visapflicht ab 2003 für Kaliningrader Bürger nach Litauen und Polen wird allerdings ein negativer Einfluss auf das Gebiet erwartet.

Hier gibt es Überlegungen, wie der Zugang zu den Visa für die Bürger vereinfacht werden kann, bei Preis, Gültigkeitsdauer und Mehrfachvisa.

Weder Polens noch Litauens Konsulate verfügen zurzeit über passende Räumlichkeiten für die große Anzahl der zu erwartenden Antragsteller.

Weitere Probleme: Nicht jeder Bürger hat einen Reisepass. Das ist auch eine Kostenfrage. Die Grenzdienste haben keinen EU-Standard. Insgesamt gibt es hier die Befürchtung, dass der Prozess der Erweiterung sich gegen die Menschen im Gebiet auswirken könnte.

Vorteile werden für die wirtschaftliche Entwicklung gesehen und für die Beziehungen, wenn die Visaprobleme gelöst werden.

**Herr Bagalin** ergänzt: Es sollte nach originellen Lösungen gesucht werden, nach Ausnahmen von geltenden EU-Regeln. Die nächsten wichtigen Termine: am 14. und 15. Mai 2002 Vorbereitungstreffen für den EU-Russlandgipfel am 28. Mai 2002.

**Herr Ginzburg:** Die BRD sei das Herz der EU und Schleswig-Holstein spiele durch seine besonderen Kontakte zu Kaliningrad auch eine besondere Rolle. Er sieht deshalb eine Herausforderung, um auf individuelle Lösungen für Kaliningrad hinzuwirken.

Er befürchtet das die „Idee des gemeinsamen Hauses“ diskreditiert werden könnte, wenn die EU-Osterweiterung für Kaliningrad „nicht funktioniert“

Bisher sei nichts für Kaliningrad geschehen, alle sagen eine helle Zukunft voraus, aber die EU- Bürokratie verhindere bis jetzt ein Sonderabkommen für Kaliningrad.

Zur Frage, was eine Pilotregion bedeutet, was Parlamente dazu beitragen können, nach konkreten Inhalten, ergänzt **Herr Shushkin**, dass in Kaliningrad die Gesetzgebung an EU-Standards angeglichen werden sollte. Man bemüht sich zum Beispiel im Bereich Umweltschutz und ist sich der großen Aufgabe bewusst.

**Herr Fischer** bemerkt, dass in Deutschland der Besuch von Präsident Putin mit Interesse verfolgt wurde, im Besonderen seine Bemerkung über die Friedenschance für den Kontinent und die zu erwartenden wirtschaftlichen Erfolge. Die neue Partnerschaft, mit den neuen EU-Grenzen, kein neuer Eiserner Vorhang, sondern Kooperationen und dazu zählen auch die Kooperationen zwischen Schleswig-Holstein und Kaliningrad. In der Sache der Sonderregelung für Visa sollten die Partner Kaliningrads, wie Schweden und andere Regionen sich engagieren, um das Problem gemeinsam zu bewältigen.

**Herr Ehlers:** Ein Thema für die weltpolitische Bühne.

**Herr Benker:** Auf der „unteren Ebene“ Schleswig-Holstein – Brandenburg – Kaliningrad könnte im Bereich „Handwerk und Tourismus“ eine Zusammenarbeit erfolgen.

**Herr Shushkin** wechselt zum Thema „Investitionen im Kaliningrader Gebiet“ und schlägt ein Seminar vor, um Aufträge für die Gesetzgebung herauszufinden, damit für potenzielle Investoren eine bessere Ausgangslage geschaffen werden kann. Innerhalb der Duma-Abgeordneten gäbe es dafür eine eigene Planungsgruppe für diesen Bereich.

Es gäbe große Potenziale für Investoren, die noch nicht erschlossen seien. Thema so eines Seminars könnte auch die Beschaffung von Finanzmitteln über Tacisprogramme sein.

**Herr Songal** hebt dann noch die Stärken des Gebietes hervor: Gutes Klima, eisfreier Hafen,-gute geografische Lage und engagierte Bevölkerung für unternehmerisches Handeln.

Er sieht die Gefahr der Isolation, wenn die Gespräche nur intern geführt werden aber nicht genügend Kontakte im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich entstehen und der EU-Osterweiterung standhalten können.

Am Beispiel der Fischindustrie zeigt er den Rückgang der Produktion seit 1997 auf, weist aber gleichzeitig auf den sich entwickelnden Markt in Russland hin. Schon jetzt kommen 32 % der Fischkonserven in ganz Russland aus Kaliningrad.

Es ist eine Stabilisierung in der Fischindustrie erkennbar, obwohl sie alte Fangschiffe und alte Produktionsanlagen haben und die Quotenregelungen in der Ostsee verschärft wurden

Die Werft „Jantar“ mit 3.000 Arbeitern baut Schiffe (Rohbauten) für Deutschland, Norwegen, Schweden und Holland. Die Erneuerung von Anlagen ist notwendig, dafür werden Partner gesucht.

**Herr Zolotukhin** nennt Pluspunkte und Minuspunkte des Kaliningrader Gebietes aus seiner Sicht

**Plus:**

Die unmittelbare Nähe zu Europa. Die Russen sehen in Kaliningrad eine europäische Stadt.

Bodenschätze, wie Bernstein und Erdöl (die Firma Lucköl wird die Produktion erhöhen, es gibt Pläne für eine Ö raffinerie und für den Export)-

Die Sonderwirtschaftszone hat gute Auswirkungen auf Business und Jointventures (über 1.000 im Gebiet).

Tourismus im Aufbau, Kurorte, wie Selenogradsk, Swetlogorsk, die kurische und baltische Nehrung.

Und als 5. Plus, ein „junges und aktives Parlament“

**Minus:**

Keine gemeinsame Grenze zum Mutterland Russland, daher notwendiger Transit für Personen, Strom, Gas und Lebensmittel.

**Herr Ehlers** stellt Fragen zum Thema Landwirtschaft:

Privatisierung, Modernisierung, Finanzierung, Recht auf Grund und Boden, Agrarstatistik

Antwort:

Die Hauptstrategie liegt in der Entwicklung der Großbetriebe, der Aktiengesellschaften und der Unterstützung der privaten Bauern. 150 Millionen Rubel (5,5 Millionen Euro) stehen dafür zur Verfügung.

Probleme gibt es im Bereich der Finanzierung von Technik, Brennstoffen, Saatgut, Dünger und so weiter.

Ein großes Problem sei die Ausbildung für die Landwirtschaft, die Bereitschaft in diesem Wirtschaftszweig arbeiten zu wollen, lässt nach.

Zum Abschluss des Gespräches erhält Herr Poppendieker noch die Möglichkeit, die Arbeit des Eingabenausschusses beim Landtag vorzustellen.

**Gespräch in Tilsit am 25.04.02, 15:30 Uhr**

Teilnehmer: Bürgermeister des Stadtbezirkes, Stellvertreter und Vertreter der Russlanddeutschen.

Die Stadt hat 43.000 Einwohner, hauptsächlich Russen, 2.800 Litauer und kleinere Gruppen von anderen Nationalitäten, 12.000 davon sind Rentner, 24.000 arbeitsfähige Bürger und es gibt fast keine Arbeitslosen.

Die Stadt hat keinen Landkreis. Es existiert eine Zellstofffabrik mit 2.600 Angestellten.

Es findet ein Export von Produkten aus den Bereichen Textilindustrie, Süßwaren- und Mehlerzeugung statt.

Seit 1998 gibt es große Probleme. Die Werft und eine Brauerei wurden geschlossen und es gibt keine Milchproduktion mehr.

Es gibt zirka 2.000 Privatunternehmer.

Der Bürgermeister weist auf die Zusammenarbeit mit der Stadt Kiel hin und nennt andere Kontakte nach Essen.

Die Grenzprobleme durch den Grenzhandel nach Litauen werden beschrieben.

Die Russlanddeutschen erhalten Gelegenheit, über ihre kulturellen Aktivitäten in der Stadt zu berichten. Es fehlt ihnen hauptsächlich an eigenen Räumen. Sie werden im Bereich Deutschunterricht durch das „Deutsch-Russische-Haus“ in Kaliningrad unterstützt.

gez. Rolf Fischer  
Vorsitzender